

## Kabinett beschließt Haushalt

# Wüstner: Finanzplan verhindert zügige Modernisierung der Bundeswehr – Glaubwürdigkeit wird so nicht gewonnen!

Berlin. Der Deutsche Bundeswehrverband bezeichnet die heute vom Bundeskabinett beschlossenen Haushaltsdaten als enttäuschend und unzureichend. Der Bundesvorsitzende Oberstleutnant André Wüstner sagte:

*„Selbstverständlich begrüßen wir jede Erhöhung des Verteidigungshaushalts, jeder einzelne Euro ist aufgrund der mangelhaften Einsatzbereitschaftslage bitter nötig. Nicht nur angesichts der vielfach bekundeten Absicht, der Bundeswehr zu geben, was sie braucht, ist das heute beschlossene Zahlenwerk allerdings absolut unzureichend.“*

*Wir erkennen an, dass der Verteidigungshaushalt im Vergleich zum Haushalt 2019 um rund 1,7 Milliarden Euro gestiegen ist. Leider wird dabei verschwiegen, dass gemessen am Finanzbedarf allein im Jahr 2020 zusätzliche fünf Milliarden fehlen. Notwendig wären im kommenden Jahr 50 Milliarden, die bis 2023 schrittweise auf 57 Milliarden ansteigen müssten. Das entspräche auch in Teilen der Linie zur Erreichung der 1,5% vom BIP bis 2024, welche die Bundesregierung kürzlich der NATO zugesagt hatte.*

*Wer der Bundeswehr derart die dringend benötigten Finanzmittel vorenthält, verabschiedet sich von den Zusagen im Koalitionsvertrag und den Erkenntnissen im Weißbuch ebenso wie von den diversen Trendwenden und den internationalen Verpflichtungen. Nicht zuletzt werden die grundsätzlich guten Gesetze der jüngeren Vergangenheit damit konterkariert.*

*Wenn es wirklich so kommt, wird die Bundeswehr weder für Katastrophenschutz noch für internationales Krisenmanagement und schon gar nicht für Landes- und Bündnisverteidigung zeitgerecht modernisiert werden können. Die Wiedererlangung der Einsatzbereitschaft wird um Jahre verschoben. Die Bundesregierung muss nun schleunigst erklären, welche Vorhaben entgegen den Planungen sodann nicht mehr oder erst deutlich später realisiert werden können.*

*Die Folgen für die Glaubwürdigkeit der Politik in der Bundeswehr einerseits und Deutschlands im Bündnis andererseits dürften jedenfalls verheerend sein.*

*Leider haben immer noch nicht alle bemerkt, dass die Welt im Umbruch ist, Krisen und Konflikte einen neuen Höchststand erreicht haben und Besserung immer noch nicht in Sicht ist. Es ist dringender denn je notwendig, gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge neu zu denken und vor allem finanziell ausreichend zu unterlegen.*

*Enttäuschend ist, dass Politik noch immer nicht verstehen will, dass einsatzbereite Streitkräfte als wesentliches Instrument deutscher Sicherheitspolitik nicht das Produkt einer Legislaturperiode, schon gar nicht eines Haushaltsjahres, sind. Es braucht einen verlässlichen Finanzplan für unsere Bundeswehr - genauso wie für die Industrie. Das von der Bundesregierung praktizierte „Fahren auf Sicht“ ist unverantwortlich.*

*Der Deutsche Bundeswehrverband wird jedenfalls nicht nachlassen darauf hinzuweisen, dass die Lücke zwischen Auftrag und Mitteln inakzeptabel groß ist.“*